

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

244 (21.10.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeterzeile 12 Pfennig, Gegenüber-
seitig 20 Pfennig o. De. Nachzahlung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung des
Zahlungsjahres, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt o. Erlösungs-
und Gerichtsgebühren in Karlsruhe L. Z. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 6 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Primat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges
Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Zahlung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,20 Mark o. Einschreiben 10 Pfennig o. Einschreiben 5mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geldstelle und Redaktion: Kar-
lsruhe L. Z., Waldstraße 28 o. Jerranal 7020 und 7021 o. Volkstrand-Bläuel: Durlach, Haupt-
straße 9, D.-Doben, Taubhausstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 244 Karlsruhe, Mittwoch, den 21. Oktober 1931 51. Jahrgang

Die Braunschweiger Vorgänge

Der Herr Oberst - Die Tatsachen

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Der Reichsinnenminister hat in Sachen Braunschweig bisher eine Entscheidung nicht gefällt. Es ist jedoch zu erwarten, daß er die künftigen Vorgänge in Braunschweig zum Anlaß einer Maßnahme nehmen wird, von der das ganze Reich getroffen wird. Aber auch über diese durch Notverordnung zu verkündende Maßnahme wird die Entscheidung erst fallen, wenn der schriftliche Bericht der braunschweigischen Regierung über die Vorgänge in Braunschweig im Reichsministerium des Innern eingegangen ist. Der Bericht wird für Mittwoch erwartet.

In der Zwischenzeit hat der Reichsinnenminister den Standortältesten von Braunschweig, Oberst Gener, zu einem mündlichen Bericht aufgefordert, der später schriftlich niedergelegt wurde. Wenn man diesem Bericht Glauben schenken soll, dann hätten sich am Sonntag nur Engel in Braunschweig verammelt. Denn nach Gener ist das Nazitreffen völlig „diszipliniert“ verlaufen. Darüber hinaus berichtet Gener:

Auf der einen Seite, nicht von der NS., wurde teilweise das Straßensplaster aufgerissen, um Steine zum Werfen zu gewinnen. Auf der anderen Seite wurde dieser Angriff beantwortet durch Stürme, die sich auf die Häuser erstreckten und die eine ganze Menge Fenster zertrümmerten. . . Wenn die Zahl der Verletzten bis Montag morgen zwei Tote und über sechzig Verletzte erreicht hat, so ist das auf die überaus große Teilnahme an der Tagung und auf die allerseitig gereizte Stimmung zurückzuführen. Ein Einsatz der Reichswehr war nach Lage der Dinge in keinem Fall notwendig.

Diese nichtsagende Dorfstellung, deren Inhaltslosigkeit wahr-
scheinlich darauf zurückzuführen ist, daß Oberst Gener die tatsäch-
lichen Vorgänge in Braunschweig weder beobachtet, noch von ihnen
etwas gehört hat, erzählt ihre Charakteristik durch eine ausführ-
liche detaillierte Darstellung des Bundesvorsitzenden des Reichsbanner-
s über das verbrecherische Treiben der SA. In diesem Bericht
wird zunächst darauf hingewiesen, daß in Braunschweig seit lan-
gem alle republikanischen Versammlungen verboten sind, während
alle Nazi-Kundgebungen ungehindert stattfinden dürfen. In dem
Bericht heißt es dann weiter:

Auf Grund eingehender wahrheitsgetreuer Informationen stel-
len wir fest, daß die Nationalsozialisten zwei Arbeiter namens
Hilger und Engelke ermordet haben. Der Mörder des Arbeiter
Hilger wurde festgenommen als der SA-Mann Henmann aus Hain,
der flüchtig ist. Der gleichfalls erdrossene Arbeiter Engelke hinter-
läßt fünf Kinder. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten beträgt 62,
die Zahl der Leichtverletzten läßt sich nicht feststellen, weil diese sich
nicht in Krankenhäusern behandeln lassen können.

Der Reichsbannermann Wilhelm Kollmeier kam am Samstag
mit dem Fahrrad von der Arbeit nach Hause. Die Reichsbanner-
tolarde an der Mütze kennzeichnete ihn als Republikaner. Er wurde
von 60 Nazis überfallen.

Am Sonntag nachmittags führten Nationalsozialisten eine dünne
Postenkette der Polizei, die den Alderhof und die Schloßstraße ab-
sperren wollten. Der Naziminister Klages, angehen mit braunem
Militärmantel und SA-Mütze, unterließ sich mit dem diensttuenden
Polizei-Oberleutnant. Er wurde also Augenzeuge des rechts-
brecherischen Verhaltens seiner „rauben Kämpfer“. Als die Sache
brunnig wurde, zog er sich in den Logen des Marzalls zurück.
Kürze Zeit darauf passierte ein Feuerüberfall der Nazis den

Kint. Dort wurden in den Häusern Nr. 24, 30, 31 und 37 sämt-
liche Fensterscheiben und Fensterrahmen im Erdgeschoß zertrümmert.
Hier rissen die Nazis auch das Straßensplaster auf und bombar-
dierten mit Pflastersteinen die Häuser. Durch einen solchen Stein-
wurf wurde das dreijährige Kind Edith Knackstedt schwer verletzt.
Ein ins Zimmer gemorfener schwerer Stein traf die Kleine so un-
glücklich, daß sie böse Kopfschmerzen erlitt.

Reichsbannerpartei, die auf dem Jahrtag ein Handballspiel
ausgetragen hatten, haben sich nach Beendigung des Spiels in den
Umkleieräumen von SA-Leuten umstellt. Sie wurden bedroht mit
den Worten: „Wer ein marxistisches Abzeichen trägt, wird nieder-
geschlagen.“ Als sie sich in den Umkleieraum einschlossen und
die Tür geschlossen hatten, drangen die Nazis in einen Nebenraum
ein, schloßen dort Werkzeuge und versuchten damit die Tür zu er-
brechen. Dabei wurden einige Reichsbannerkameraden durch Glas-
splitter und Schläge mit Zaunlaten verletzt. Die Polizei war

Braunschweig



„Und wenn nicht die Sozialdemokratie im Reichstag
Verbot geübt hätte, dann würden wir jetzt in ganz
Deutschland diese gesegneten Zustände haben.“

mancherorts dem Treiben der Banditen gegenüber einfach macht-
los und wurde mehrmals stark bedroht. Der Polizeipräsident aber
besand sich nach einer von seiner Privatwohnung erteilten Aus-
kunft beim Vorbeimarsch der Hitlerjungen „Eitetruppe“. Wie sehr
die braunschweigische Polizei, deren Chef der Naziminister Klages
ist, die Wahrheit verdrückt, geht daraus hervor, daß Schriftleitun-
gen der Berliner Blätter, die am Sonntagabend bei der Polizei
anfragten, die Antwort erhielten, „in Braunschweig sei alles ruhig“.
Wir erwarten von der Objektivität des Reichsinnenministers,
daß er die Dinge schnellstens durch eine unparteiische Verlonlichkeit
nachprüfen läßt und dann schnellstens entscheidet.

Betrüger

Reißt ihnen die Maske herunter!

„Was tut der „Unternehmer“, der „Ausbeuter“ und „Blut-
sauger“ in der Ausdrucksweise der Arbeiterklasse? . . . Er
versucht durch möglichst geringe Lohnzahlung und durch Verwen-
dung minderwertigen Materials einerseits und hohe Preise
andererseits einen möglichst hohen Profit für seine Tasche her-
auszuschinden. Ihn kümmert nicht die Not seiner Arbeiter . . .“

Woher stammen diese Sätze? Aus einer sozialistischen oder
kommunistischen Anklageschüre gegen das kapitalistische Unter-
nehmertum? Ja, wo. Sie sind zu finden auf Seite 46 des von
dem nationalsozialistischen Führer und Programmtheore-
tiker Gottfried Feder herausgegebenen „Programm der
NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken“, das in hun-
derttausenden von Exemplaren verbreitet worden ist.

Diese Sätze sind ein Musterbeispiel für die verlogene Nazi-
Propaganda. Sie sind die „sozialistische“ Lüge, die die
Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter“-Partei, diese Partei mit
dem falschen Namen, mit den vielen auswechselbaren Masken, auf-
fest wenn sie zu dem „Arbeiterium“ spricht, wenn sie den radikalen
Kapitalistenkremler mimt, wenn sie antikapitalistische Schreien vor
Arbeitern und Angestellten hält, um — ihre schimpfliche
Stellung als Soldknecht des internationalen
Kapitalismus zu vernebeln. Diese Sätze gehören ebenso zur
Tarnung ihres wahren Charakters, wie die von der Münchener
Reichsleitung der Nationalsozialisten gelieferten Flugblätter,
die die Nazi-Betriebszellen in die Betriebe schmuggeln
müssen. Die Schlagzeilen dieser Flugblätter schreien: „Fort mit
den Ausbeutern!“, „Die Ausbeutung der Arbeitskraft im kapita-
listischen System ist unbestreitbar . . .“, „Die Finanzherrscher, Bank-
und Trust- und Konzernfürsten, sie sind die wahren Ausbeuter der
Volkswirtschaft, sie diktiert dem schaffenden Volke Hunger-
löhne und Hungerpreise.“

Das ist die „sozialistische“ Maske der „Arbeiter“-Partei.
Ihr wahres Gesicht trägt sie zur Schau, wenn Hitler mit seinem
44 000-Mark-Mercedes-Benz vor den Palästen der Industrie-
fürsten vorfährt, um die Millionenverträge einzulassen
für die heimtückischen Dienste, die dieser strapellose Verlei-
diger des internationalen Großkapitals leistet. Herr Hitler schreit
dann nicht: „Nieder mit dem Kapitalismus!“, „Nieder mit dem
kapitalistischen Unrecht!“ Herr Hitler schmettert dann nicht mit
Lautsprechern in die Welt hinaus:

„Die Weltwirtschaft hat nicht den Bank- und Börsenfürsten, den
Trust- und Konzernfürsten zur Ausbeutung und Ausraubung durch
hohe Dividenden zu dienen“, wie er es in seinen Flugblättern für
das „Arbeiterium“ tut. Herr Hitler redet dann nicht von der Ab-
schaffung des „arbeits- und mühelosen Einkommens“, von der
„Brechung der Zinsneuschicht“ oder von der „Verstaatlichung der
Trusts und Banken“. Dann erklärt er wie seine Parteifreunde im
Reichstag: „Wir erkennen die gesellschaftliche Bedeutung der
Bankiers an, die nicht beseitigt werden sollen . . . Sie haben
gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen
zu unterstellen . . .“ Vor den wissenden Gelbhebern
erklären die Herren Nazis lächelnd: „Unser Sozialismus ist nur
Mittel zum Zweck, um an die Massen heranzukommen.“

Die kapitalistischen Geldgeber sind Geschäftleute. Sie werfen
ihre Geld nicht zum Fenster hinaus. Sie schließen Verträge mit
Garantien ab. Daß solche Verträge abgeschlossen sind, prüfen
die Späher von den Dächern. Und weil solche Verträge abge-
schlossen sind, deshalb wird der „Deutsche“, das Organ der christ-
lichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf
seine an Hitler gerichtete Frage, ob er mit der Schwerindustrie im
Bunde stehe, nie eine klare Antwort erhalten. Der Deutsche
hat ein besonders großes Interesse an einer direkten klaren Ant-
wort, weil es, wie er selbst betont, im Lager des DGB Mitglie-
der gibt, die mit Hitler sympathisieren. Er hat deshalb Hitler
genaue Fragen vorgelegt. Sie lauten:

1. Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Er-
klärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerks-
chaften und gegen Tarifverträge sind?

2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach
den Rezepten von Harz und Bang die deutsche Sozialversicherung
zu zerschlagen?

3. Halten Sie es mit den Willkür einer Arbeiterpartei für verein-
bar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit
Geld unterstützen läßt?

Daß die Nationalsozialisten von der Industrie ausgeschaffen wer-
den, steht für den Deutschen fest. Er erklärte nach einem Hinweis
auf die Vernehmung der deutschen Presse, der Wissenschaft, der Wehr-
verbände und verschiedener politischer Parteien durch das Geld der
Industrie ganz eindeutig: „Auch die Hitlerpartei hat von
der Industrie Geld erhalten.“

Eine klare Antwort auf die vom Deutschen gestellten Fragen
müßte die NSDAP sofort als Lügepartei vor aller Welt entlarven.
Für den denkenden Arbeiter ist jedoch diese Selbstenttarnung der
Hitlerpartei bereits in Harzburg erfolgt. Die sozialreaktionäre
Gönnerschaft der Nationalsozialisten aus dem Lager der General-
direktoren und Bankgewaltigen, die Herren Poensgen, Schleiter,
Middendorf, Schacht usw. sahen ja mit Hitler in Harzburg am
gleichen Tisch. Hitler, der Führer, unterzeichnete dort mit allem
was in Deutschland reaktionär ist, das Manifest der Nationalen
Opposition. Bedarf es da noch einer besonderen Antwort auf die
Fragen des Deutschen? Das wahre Gesicht der nationalsozialisti-
schen „Arbeiter“-Partei wurde zunächst in Harzburg gezeigt. Die
sozialistische Maske hätte dort auch zu förennd gewirkt.
Nur abgrundtiefe Unehrlichkeit kann die Ehrlichkeit
des deutschen Volkes so mißbrauchen, wie es die Nazis tun.

Kein Moratorium Sowjetrußlands

W.B. Berlin, 20. Okt. In einem Teil der Presse werden
Gerüchte verbreitet über eine Zahlungseinstellung Sowjetrußlands
wegen über Anträge auf ein Moratorium für fällige Zahlungsver-
pflichtungen an Deutschland. Wie wir von zuverlässiger Stelle er-
fahren, entbehren diese Nachrichten jeder Begründung.

In einer Vorausgabe zu ihrer heutigen Morgenausgabe stellte
die Germania in längeren Ausführungen fest, daß sich Sowjetruß-
land weder einmal in einer akuten Finanzkrise befindet und in
nächster Zeit fällige Zahlungen nicht leisten könne. Es werde
schließlich von der Prolongationsbereitschaft der Gläubiger ab-
hängen, ob sich aus der gegenwärtigen Zahlungseinstellung eine Zah-
lungseinstellung entwickle.

Von zuständiger Seite wird demgegenüber in obiger Meldung
betont, daß die Nachricht über Prolongationen von Rußland-Wech-
seln, die in Deutschland in Umlauf sind, jeder Grundlage entbehre.
Es sei kein einziger Fall bekannt geworden, in dem eine der-
artige Prolongation beantragt worden sei. Auf Grund dieser amt-
lichen Verlautbarung hat die Germania auf die Wiedergabe ihres
Artikels in der heutigen Morgenausgabe verzichtet.

Keine Beziehung zwischen Premer und Hitler

München, 20. Okt. (Eig. Draht). Der Heimwehtrübsicht Dr.
Premer, der in den letzten Tagen vorübergehend in München
weilte, erklärte einem Reporter der hiesigen „Telegramm-Zeitung“,
daß seine Münchener Reise mit politischen Dingen nichts zu tun
habe. Insbesondere wolle er keinerlei Verbindung mit Hitler, zu
dessen Bewegung er in keinem Zeitpunkt seiner politischen Tätig-
keit irgendwelche Beziehungen unterhalten habe.

Schweres Unglück auf dem Bodensee

2 Personen ertrunken

W.B. Lindau (Bodensee), 20. Okt. Heute früh fuhr das
Passagierschiff „Maina“ auf der Fahrt von Konstanz nach
Unteruhlingen auf ein Fährschiff auf, wodurch dieses
unterging und die Besatzung ertrank. Diese bestand aus
dem 60 Jahre alten Fischer und Fährer Went und seiner
18 Jahre alten Tochter, beide aus Unteruhlingen (Waden).

Lavals Pläne in Amerika

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas funkt von Bord
der Ile de France eine offenbar beeinflusste Meldung, in der es
heißt:

Sichtlich des Sicherheits- und Abrüstungsproblems ist Frank-
reich bereit, weitere Rüstungsberaubungen vorzunehmen, wenn
im Austausch dafür „präzise Verpflichtungen für gegenseitige Hilfe-
leistung im Falle eines Angriffs“ eingegangen werden.

Was die interalliierten Schulden und Reparationen anbetrifft,
so werde Frankreich jedem Vorschlag auf Herabsetzung zustimmen,
wenn es wenigstens einen Teil der ihm zukommenden positiven
Reparationszahlungen bekommt. Um ihre Bezahlung zu erleich-
tern, könnten Abschreibungen statt Barzahlungen geleistet werden,
was zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Deutschland und
Frankreich beitragen würde, indem die Sachlieferungen zu den
großen öffentlichen Arbeiten verwendet würden, die die französi-
sche Regierung auszuführen beabsichtigt. Auf diese Weise könnte
Deutschland auch die kurzfristigen Kredite leichter zurückzahlen.

Bern, 20. Okt. Montag nachmittags um 4 Uhr wurden im Par-
lamentengebäude in Bern die deutsch-schweizerischen Beziehungen
über die Regelung des gegenseitigen Handelsverkehrs eröffnet.

Nur Menschen, denen nichts heilig ist, können sich zu einem solchen Betrug verstehen, wie ihn die Hitlerpartei verübt. Die Naziführer spekulieren darauf, daß der deutsche Arbeiter als guter, ehrlicher, deutscher Mittel ein solch abgefeimtes Schurkerei, ein solch gemeines Doppelspiel, wie es die Hitlerpartei treibt, einfach nicht für möglich hält.

Gegenüber dem Treiben abgefeimter Betrüger kann nichts anderes helfen, als rationale und sachliche Aufklärung, vor allem in den Betrieben. Arbeiter, reißt den Betrügern die Maske herunter!

Direktorengelöhler

Weitere Feststellungen des Favagprozesses

Die weitere Verhandlung im Frankfurter Favagprozeß brachte sehr interessante Aufschlüsse über die Geschäftsmethoden der angeklagten Direktoren.

Da ist ein Aktienpaket der Berlinisch-preussischen Versicherungsgesellschaft. Es wurde im August 1924 für mehr als 2 Millionen Mark an die Rücklingsbank abgetrieben. Für diesen Verkauf erhielt der angeklagte Direktor Wäde-Berlin eine Provision von 400 000 Mark. Später wurden ihm noch aus diesem Geschäft 100 000 Mark überlassen. Wäde will von 400 000 Mark rund 110 000 Mark für sich behalten haben. 270 000 Mark führte er an den verstorbenen Generaldirektor der Favag, Dumde, ab, der sich mit dem Direktor Becker in diesen Kauf teilte. Die Anlage gegen Direktor Becker lautet auf Betrag, gegen Wäde auf Beträge zur Untrennung, weil dem Aufsichtsrat der Favag verheimlicht worden war, daß die Empfänger der Vertreterprovision die eigenen Direktoren der Favag waren. Nach Lage der Dinge hat der Aufsichtsrat annehmen müssen, daß es sich bei den Empfängern der Provision nicht um die Direktoren der Favag, sondern um außenstehende Vermittler handelte.

Vorländer: „Was es nicht außergewöhnlich, ja, was es nicht verderblich, dem Aufsichtsrat die Zahlung derartiger Beträge zuzumuten?“ Angeklagter Wäde: „Ich fand darin nichts Unrechtes. Ich war der Auffassung, daß in Frankfurt eine gewisse Großzügigkeit herrschte.“

Dumde hat bei diesem Geschäft auch seine Mitdirektoren über die Löffel balbirt. Als er die erwähnten 100 000 Mark aus dem Geschäft flüssig machte, verschwie er seinen Mitdirektoren, daß schon 400 000 Mark Provision verteilt waren. Von den 100 000 Mark bot er seinen Mitdirektoren Schumacher und Lindner je 22 000 Mark an, während er selbst auch 22 000 Mark einsteckte und an den Direktor Becker 33 000 Mark abführte.

Vorländer: „Was wäre geschehen, wenn Sie die Provision von 22 000 Mark abgelehnt hätten, Herr Schumacher?“ Angeklagter Schumacher: „Dann hätten sich Dumde und Becker die 100 000 Mark allein geteilt.“

Bankkrach in aller Welt

München, 20. Okt. Die Bayerische Beamtenkassenbank & G.m.b.H., München, hat heute ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank wird das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragen. Der Status, der von einem bekannten Treuhänder geprüft werden soll, ist nach Erklärung der Bank bei einer einigermaßen angemessenen Bewertung der Grundstücke als aktiv anzusehen. Der Grund für die Illiquidität des Instituts liegt, wie gesagt wird, darin, daß seit den Bankfeiertagen im Juli d. J. keinerlei Einlagen, aber sehr erhebliche Abhebungen erfolgt sind, die sich noch steigerten, als wiederholte Kürzungen und die Halbierung der Auszahlung der Beamtengehälter eintraten.

Bern, 20. Okt. Die Bank in Bern, Rubensplatz 8, hat durch außerordentlichen Kursrückgang auf Wertpapieren erhebliche Verluste erlitten und um ein Moratorium nachgesucht, das ihr wahrheitsgemäß im Interesse einer ruhigen Liquidation bewilligt werden dürfte. Wenn sich die Abwicklung der Geschäfte zünftig gestaltet, so ist zu erwarten, daß die Einleger die insolventen rund 475 000 Franken zu fordern haben, keine Verluste erleiden werden. Die Bank in Bern arbeitet mit einem Aktienkapital von Fr. 700 000 (Reserven 315 000, Bilanzsumme 4 700 000) und betreibt hauptsächlich das Effektengeschäft. Sie gehört dem Konfessionsverband Bernischer Banken und Sparkassen nicht an.

Paris, 20. Okt. (Ela. Draht.) Eine Pariser Aktienbank, die „Britannische Kommerzbank“, hat am Dienstag ihre Zahlungen einstellen müssen. Die Bank verfügte über ein Kapital von 40 Millionen Franken. Sie finanzierte besonders den Exporthandel mit Afrika. Filialen unterhielt sie in Bordeaux und Dakar, Agenturen in den meisten westafrikanischen Städten.

40 Stundenwoche in der Tschechoslowakei geplant

Prag, 20. Okt. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch den das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit dahin abgeändert und ergänzt wird, daß in gewissen Betrieben die 40stündige Arbeitswoche eingeführt werden soll. In Verbandsbetrieben wird nach dem Entwurf die Arbeitszeit nicht länger als 7 1/2 Stunden täglich und 37 1/2 Stunden wöchentlich dauern dürfen. Die ununterbrochene wöchentliche Arbeitspaule soll 30 Stunden betragen. Das Ministerium hofft, daß die Verkürzung der Arbeitszeit noch vor der Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Wege von Uebereinkommen faktisch realisiert wird.

Blutige Zusammenstöße in Essen

Essen, 20. Okt. Gegen 18 Uhr wurde im Stadtteil Borbeck eine Schusswaffenkrawalle, bedingt aus acht Beamten, an der Eisenbahnunterführung an der Borbecker Straße von etwa 200 Personen angegriffen, mit Steinen beworfen und mit etwa 15 Schuß besetzt. Die Beamten wurden durch die Schüsse nicht verletzt, wohl aber von Steinen getroffen. Die Beamten erwiderten das Feuer. Als kurz darauf etwa 25 Beamte zur Verstärkung eingetroffen waren, wurde die Menge zerstreut und die Ordnung wieder hergestellt.

Optimistische Beurteilung im Mandchurenkonflikt

Das japanische Außenministerium gibt offiziell bekannt, daß Verhandlungen zwischen dem japanischen Botschafter in Washington und Stimton alle Mißverständnisse über die Verurteilung des Generalen Gilbert in den Kämpfern des Aufstandes aufgeklärt hätten. Japan hat sich mit dieser offiziellen Verlautbarung mit der Berufung Gilberts einverstanden erklärt.

Die vorläufigen Verhandlungen zwischen dem Vizepräsidenten Briand und den Vertretern von Japan und China wurden am Dienstag in Genf fortgesetzt. Die optimistische Beurteilung hat sich am Dienstag verstärkt.

Die Bedingungen Japans

Tokio, 20. Okt. Japans Bedingungen für die Rückgabe der Mandchurei enthalten als wesentliche Punkte: Ein gegenwertiges Verbot des Nihilismus als Garantie der gegenseitigen territorialen Unverletzlichkeit, Einstellung aller Formen der antijapanischen Bewegung für immer, Zusage der Sicherheit des japanischen Lebens und Eigentums, eine Zahlung für die mit japanischem Gelde gebaute Eisenbahn und Anerkennung der bestehenden Kolonien zum Eisenbahnbau in der Mandchurei sowie schließlich Anerkennung der bestehenden Vertragsrechte einschließlich der Frage japanischer Landpachtungen in der Mandchurei.

Deutsche Patrioten

So sehen die Herren der „nationalen“ Opposition aus

Die „nationale“ Garde voran

Nach den Berichten der bürgerlichen Presse gehört der „nationalen“ Opposition als Parabesid erster Ordnung der ehemalige Herzog von Koburg an. Nach dem Gothaer Hofkalender von 1931 (auch das gibt es noch!) handelt es sich um den Herrn „Leonold Karl Eduard, vorm. regierender Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, Herzog von Jütich, Kleve und Berg, Engen und Westfalen, Landgraf in Thüringen, Markgraf zu Meißen, gefürchteter Graf von Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensberg, Herr von Ravenstein und Lonna usw. Königliche Hoheit.“

Dieser vielbetitelte Herr ist im Jahre 1884 als englischer Prinz und Untergraf von Großbritannien in die Welt gekommen in England geboren. Sein Vater, der Herzog von Albanien, war der Bruder des 1910 gestorbenen Königs Eduard VII. von Großbritannien. Von diesem Mann haben unsere „Nationalen“ bisher behauptet, daß sein Hauptwert die „Eintreibung“ Deutschlands vor dem Weltkrieg gewesen sei.

Die „urdenkliche“ Familie Koburg stammt aber nicht nur aus England, sie ist verstreut und verzwängt mit den ehemaligen oder derzeitigen Herrscherfamilien in Rußland, Frankreich, Italien, Rumänien, Portugal und Belgien. Neben diesem Gansstücker fürstlicher Internationalität verdingen selbst die Hohenzollernprinzen August Wilhelm, Eitel Friedrich, die Fürsten Meiningen und von Bentheim, die alle dabei waren. Kein Wunder, daß es der Koburger bis zum „Führer der Reichswehrtruppe“ der SA“ gebracht hat.

Die Ruginier einer neuen Inflation

Herr Fritz Thossen war leider während der Harzburger Tagung in Amerika und auch Herr Albert Böglar soll abwesend gewesen sein. Aber der Geist der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie schwebte über der „nationalen Kundgebung“ in Harzburg. Die Unternehmern verlangen die rückstuflose Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten Massen. Sakentanz und Stahlhelm stellen die Forderungen an den Ausbau des Großkapitals. Einige der erlauchtesten Namen seien hier genannt:

Albert Böglar, Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke AG., daneben noch Vizepräsident, vornehmlich der Schwerindustrie.

Fritz Thossen, Vizepräsident des Aufsichtsrats der Schwerindustrie, an den bedeutendsten Kohlen- und Eisenwerken beteiligt.

Ernst Mildenberg, Generaldirektor der Deutschen Erdöl-AG., Vizepräsident.

Karl Gold, Generaldirektor und Direktionsmitglied in einer Anzahl von Bergwerken, Vorstandsmitglied und Aufsichtsrat im Mühlheimer Bergwerksverein, im Verein für die bergbaulichen Interessen und ähnlichen Unternehmungen.

Ernst Brandt, Bergwerksdirektor, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, Vizepräsident bei anderen Gesellschaften.

Hans Gottstein, Generaldirektor der Feldmühle-Papier- und Zellstoffwerke AG., Vizepräsident bei sonstigen Unternehmungen.

Dazu kommen noch die Vertreter der Bergindustrie, wie die Herren Gol und Blohm, von der Firma Blohm u. Blohm in Hamburg, des Großgrundbesitzes wie der Herren Kretsch von der Bergwerksverband deutscher Spiritusfabrikanten und vom Brennerbund, Graf Kalkreuth, Präsident des Reichslandbundes. Die Verbindung zwischen Politik und Geschäft aber beforst Herr Eugen von, deutschnationaler Parteivorstand. Er ist nicht nur Vizepräsident des großen Zeitungskonzerns und der Ufa; als Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerke AG. steht er auch heute noch in engerer Fühlung mit der Westdeutschen Schwerindustrie.

Fürsten, Schwerindustrielle und Großgrundbesitzer haben die Führung

In einer Versammlung in Dresden hat der nationalsozialistische

Eine neue politische Gruppe des Unternehmertums?

Der Rücktritt des preussischen Finanzministers Höpfer-Maschhoff hat eine Reihe von Gerüchten politischer Art ausgelöst, denen man mehr oder minder Bedeutung beizulegen sucht. Selbst in den preussischen Regierungskreisen glaubt man nicht daran, daß der Finanzminister wegen der Appelle der Antragsopposition seinen Rücktritt erklärt haben soll. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß Herr Höpfer-Maschhoff mit seinem diktatorischen Auftreten und mit seinem schlecht verhaltenen Gang zur Rechten seinen Ministerposten sowohl wie den Führer der Landtagsfraktionen der Regierungsparteien allmählich auf die Kerben gefahren ist. Dazu kommt, daß Höpfer-Maschhoff nicht das geringste Verständnis für Ausgaben im Sinn einer großzügigen republikanischen Propaganda gezeigt hat.

Nun wird Höpfer-Maschhoff, der geistige Führer der „Staatspartei“, immer häufiger in Beziehung zu einer bürgerlichen Partei-Neugründung gebracht, die sich in erster Linie auf den Konzern der I. G. Farben-Industrie stützen soll. Tatsächlich haben in den letzten Monaten eingehende Befehle zwischen der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, dem Jungvolk und den Kolonnenformationen stattgefunden mit dem Ziel, eine bürgerliche Mittelpartei schon bei den nächsten Wahlen aus der Taufe zu heben. Die Direktoren der I. G. Farben, Schmidt, Duisberg und Warmbold (der ja unterdessen bereits in das Reichskabinett eingetreten ist) unterstützen und finanzieren seit Monaten dieses neue Parteiprojekt. Man hat bereits den Kontakt mit Brüning und dem Zentrum gefunden und will sich für die besondere Unterstützung des Reichskanzlers durch eine dem Brüning-Kurs unbedingte ergebene neue bürgerliche Mittelpartei dankbar erweisen.

Ob das Projekt der „Partei Höpfer“ in den kommenden Monaten greifbare Gestalt annimmt, wird sowohl von der politischen Entwicklung als auch von den realen Unterlagen der I. G. Farbenindustrie und der Wirtschaftskolonne um Heinrich Brüning abhängen.

Maßnahmen der Republik Spanien

Madrid, 20. Okt. Ministerpräsident Asana hat den Cortes heute nachmittags einen Gesetzentwurf zum Schutz der Republik vorgelegt.

Madrid, 20. Okt. Der spanische Arbeitsminister hat heute in den Cortes einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Arbeitern ein Berufungsgesetz über die Unternehmen zugeht, bei denen sie beschäftigt sind.

Abgeordnete Gregor Strasser nach dem Bericht des Reichstages vom 6. Oktober ds. Js. wörtlich erklärt:

„Wir werden mit der Expansionswirtschaft aufräumen und zur nationalen Binnenwirtschaft zurückkehren. Wir müssen aber sparen und den Lebensstandard herunterdrücken.“

Damit hat die Nationalsozialistische Partei bereits das Stichwort für die Harzburger Tagung ausgegeben. Die Schwerindustrie, die Großgrundbesitzer, Generale und Prinzen brauchen nur folgerichtig die Mittel ansuchen, mit denen der Lebensstandard heruntergedrückt werden soll: Brutaler Lohnabbau, Beseitigung der Sozialgesetzgebung, neue Inflation. Wie sah die Gesellschaft aus, die in Harzburg zur Niederschlagung des wertvollen und schaffenden Volkes zusammengefunden hat und jetzt hinter den Bänken der „nationalen“ Opposition im Reichstag steht?

Der Schloßherr als Sparprediger

Zu den prominenten Mitgliedern des Landbundes, die sich den sogenannten „nationalen“ Opposition angeschlossen haben, gehörte der württembergische Reichstagsabgeordnete Freiherr von Stauffenberg-Rittstien, der schon einmal durch seinen bekannten Brief an den damaligen Staatspräsidenten Baile von sich reden gemacht hat. In diesem Brief hatte er Pech und Schwefel auf das Zentrum herabregnen lassen, zu dem seine deutschnationalen Gefinnungsfreunde in ein Koalitionsverhältnis getreten waren. Der in der Regel auf sehr hohem Koll sitzende oberösterreichische Baron mußte sich damals zu einer Entschuldigungserklärung gegenüber dem Zentrum bequemen.

Nun, wo über diese alte Geschichte Gras gewachsen ist, wird er in der Art seines politischen Auftretens wieder rabiat. In einem welche Koalitionsverhältnis ist er nicht mehr gebunden und so hat er es unter anderem fertig bekommen, in einer Versammlung der landwirtschaftlichen Bezirksvereins seines heimatischen Kreises die Landwirte aufzufordern, die Steuern nicht mehr zu bezahlen, da ja doch im Frühjahr der Krah komme. Außerdem hat er an der Oberamt seines Bezirks schon vor einiger Zeit ein Schreiben verfaßt, in dem er die Einstellung seiner eigenen Steuerzahlungen androhte, wenn seine Wohngemeinde Rittstien nicht bestimmte Sparmaßnahmen durchführe, so besonders von den dortigen Lehrern Stellen abzubauen würde. Der Gehalt der jetzigen Lehrer so hoch sei, sei dreimal so hoch wie früher, die Rente der Lehrer sei aber noch gleich dem. Alle Illustrationen zu diesem Schreiben halten den Landbundführer für festgelegt, daß er

Besitzer von drei Schloßgütern, Vorsitzender der Fideikommiss-Besitzervereins, Vorsitzender der Oberösterreichischen Elektrizitätswerke, Aufsichtsratsmitglied der Saeculversicherung, sowie einer großen Anzahl von Gesellschaften und Genossenschaften ist, von denen er hohe Tantiemen bezieht. Sein monatliches Einkommen ist auf mindestens 10 000 bis 15 000 Mark anzunehmen. Er verfügt über drei Autos, seinem Sohn konnte er im letzten Jahre gestatten, dreiviertel Jahre in Afrika herumzureisen und auch der Aufenthalt der Frau Baronin ist — man erschreie nicht — Paris hat einen schönen Bagen Geld gestiftet.

Selbstverständlich sind diese „Patrioten“ die Gehälter der unteren und mittleren Beamten zu hoch — gehört er doch zu der Partei, die vor einiger Zeit das Wort in die Weltsetzung war: „Die Beamten fressen den Staat auf!“ — Selbstverständlich ist er für die Verkürzung der Sozialversicherung und der tariflichen Sicherung der Arbeiterlöhne, denn an dem ganzen deutschen Elend, wie es der Herr Baron sieht, ist ja nur die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter schuld.

Wie lange werden sich arbeitende Volkskreise noch von solch erzkapitalistischen Scharfmachern auf politischen Irwege leiten lassen? Und wie lange wird sich der Staat solches Treiben gefallen lassen, ohne daß der Staat anwalt eingreift?

Freistaat Baden

Verordnung über Realsteuerlenkung für Rechnungsjahr 1931

Der Bedarf an Deduktionmitteln zur Senkung der Realsteuer der Gemeinde und Kreise und die Höhe der für die Realsteuerlenkung zur Verfügung stehenden Deduktionmittel aus dem für den Wohnungsbau bestimmten Anteil der Gemeinden an der Gebäudesteuer im Rechnungsjahr 1931 stellt nach einer solchen ersten Vorberatung der Minister des Innern getrennt für jeden Kreis und für die Landkreise, die unter der Verwaltung der Kreisverwaltungen stehen, die für die Realsteuerlenkung im Rechnungsjahr 1931 zur Verfügung stehenden Deduktionmittel fest. Innerhalb der landlichen Kreisverwaltungen hat der Kreisrat diese Festsetzung für jede Verbandsgemeinde zu treffen. Die Kreisverwaltungen sind verpflichtet, die Deduktionmittel nach dem nach dem 31. März 1931 aufkommenden Grundsteueranteil an der Gebäudesteuer am Ende eines jeden Kalendermonats ein Viertel der festgestellten Deduktionmittel, Ueberbleibsel in einer verbandsfreien Stadt oder einem Kreisverwaltungsverband die verbleibenden Deduktionmittel dem Bedarf, so wie der Ueberbleibsel dem Lande zur Verfügung zu stellen. Die Ueberbleibsel an Deduktionmitteln werden den Gemeinden und Kreisen dem Lande zur Verfügung gestellt. Innerhalb eines Kreisverwaltungsverbandes ist dieser für den Ausgleich der Ueberbleibsel oder Ueberbeträge unter den Verbandsgemeinden zuständig. Unbeschadet des Anspruchs auf Ablieferung des gesamten Ueberbleibsel an Deduktionmitteln ruft das Land die Ueberbleibsel zunächst nur insoweit ab, als sie notwendig sind zur Deckung der Ueberbleibsel der Kreisverwaltungsverbände vor der Freigabe nicht für eigene Zwecke verwendet werden und sind zur Ablieferung der Ueberbleibsel entsprechend sicherzustellen. Die abgerufenen Ueberbleibsel sind an das Land in monatlich gleichen Teilbeträgen von einem Viertel abzuführen; in entsprechender Weise stellt das Land die Mittel zur Deckung der Ueberbleibsel zur Verfügung. Nach Durchführung der Veranlagung der Grund- und Gewerbesteuer für 1931 hat der Minister des Innern den Bedarf an Deduktionmitteln zur Senkung der Realsteuer und die Deduktionmittel festzustellen und trifft die Veranlagung der Realsteuer der Kreisverwaltungsverbände über die Ueberbleibsel der Kreisverwaltungsverbände. Nicht abgerufenene Ueberbleibsel sind den Kreisverwaltungsverbänden und -verbänden zu belassen und von ihnen nach den bei der Freigabe abgerufenen Ueberbleibseln der Kreisverwaltungsverbände zu verwenden. Der Minister des Innern ist berechtigt, über die freigegebenen Ueberbleibsel Verwendungsanträge zu verlangen.

Partei-Nachrichten

Badische Genossen zur Haltung der Reichstagsfraktion

In einer Parteiverammlung in Freiburg erstattete Abg. Reiter Bericht über die Vorgänge im Reichstag in vergangener Woche. Einmütig wurde die Haltung der Reichstagsfraktion gebilligt.

In einer Mannheimer Delegiertenkonferenz sprach Genosse Abg. Kemmle. Er fand starken Beifall. Ueber die Diskussion und die Stimmung der Versammelten berichtet die Volksstimme: „Eine lebhafte und fruchtbare Diskussion schloß sich an das Referat des Genossen Kemmle an. Es sprachen die Genossen Dreher, Hemsbach, Trumbfeller, Mannheim, Hieber, Mannheim, Dr. Höber, Mannheim, Bess, Sedewitz und Fischer, Mannheim. Alle billigten die Haltung der Fraktion, wenn auch manchmal mit verschiedenen gezeigten Begründungen.“

So konnte der Versammlungsleiter Genosse Ernst Kraft in einer Würdigung der Ergebnisse der Konferenz mit großer Genugtuung feststellen, daß die Vertrauensleute des Großmannheimer Bezirks der SPD, die Haltung der Reichstagsfraktion billigen und ihr Dank und Anerkennung zollen. Die Partei werde schon in den nächsten Tagen den Angriff gegen den Faschismus und die Nationalfront ins Land tragen und sei der Mitarbeit aller Genossen in diesem schweren Ringen sicher.“

Gewerkschaftliches

Arbeitszeitregelung im Berliner Verkehr

Berlin, 20. Okt. Zwischen der Direktion und der Betriebsvertretung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft wurde vereinbart, die Arbeitszeit für das gesamte Personal für die Zukunft von 46 auf 44 Stunden herabzusetzen. Dafür wird der Lohn des technischen Personals um 6 Prozent gekürzt. Bei dem im Afford arbeitenden Personal wird die Affordbasis um 3 Pfennige gekürzt, so daß sie jetzt beträgt: Stundenlohn minus 8 Pf., die Frauen- und Kinderzulage des gesamten Personals wurde um 1 Pf. pro Stunde gekürzt. Das Abkommen soll rückwirkend ab 1. Oktober in Kraft treten.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn

Am Montag begannen die Lohnverhandlungen für die Eisenbahnarbeiter. Die Forderungen der Reichsbahnverwaltung und die Gegenforderungen der Arbeitervertreter lassen sich sehr weit auseinander. Die Verhandlungen dürften sich daher sehr schwierig gestalten. Die Vertreter der Verwaltung verlangten einen Lohnabzug von 4,5 Prozent im Durchschnitt. Nach ihrem Vorschlag soll der Stundenlohn in den Gruppen I bis III um 4 Pfennig und in den Gruppen IV bis VII um 3 Pfennig gekürzt werden. Die Gewerkschaftsvertreter begründeten ihre Forderungen mit der schlechten Wirtschaftslage der Reichsbahn. Trotz aller bereits vorgenommenen Einsparungen sei in diesem Jahr mit einem Verlust von über 600 Millionen Mark zu rechnen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lohnsenkung bringe ihr ein Ergebnis von rund 37 Millionen.

Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die schmerzliche Schärfe hin, die ein solcher Lohnabzug für die Eisenbahner mit sich bringe. Die Löhne seien schon so stark gekürzt, daß sie bereits unter den Stand von 1928, zum Teil sogar auf den Stand von 1924 gesunken seien. Der Lohn aus dem Jahre 1924 könne unmöglich als Vergleichsmaßstab in Betracht kommen. Die Hauptverwaltung wolle immer nur den Etat durch Kürzung der Personalausgaben balancieren. Die Eisenbahnarbeiter hätten bereits unbeschwerdige Verbesserungen durch Arbeitszeitverkürzung, durch Lohnabzug und durch Freizeiterhöhungen in Kauf nehmen müssen. Was man ihnen jetzt zu mühe, sei gänzlich untragbar. Die Gewerkschaftsvertreter meldeben die Gegenforderung an, das Lohnabkommen unverändert mit einer Kaufkraft bis zum April 1932 in Kraft zu setzen. Die Verhandlungen wurden auf einen Vorstoß der Vertreter der Reichsbahnverwaltung bis zum 22. Oktober vertagt.

Neue Abbaupläne des deutschen Buchdruckervereins

Berlin, 21. Okt. (Hunddienst). Der Deutsche Buchdruckerverein, die Unternehmerorganisation des Buchdruckergewerbes, hat das Lohnabkommen zum 30. November gekündigt. Die Absicht ist, den Wochenlohn der Buchdrucker, der je nach Alter und Druckklasse zwischen 30,80 und 55 Reichsmark beträgt, nochmals abzubauen.

Tarifforderung als Entlassungsgrund!

Gründliche Lektion für einen Unternehmer (S. 24). Vor einem Berliner Arbeitsgericht wurde nachstehender Prozeß verhandelt, der zeigt, wie einzelne Unternehmer mit ihren Angestellten glauben umzingeln zu können. Leider müssen täglich ähnliche Fälle ungesühnt bleiben, da es die Betroffenen unterlassen haben, sich gewerkschaftlichen Schutz zu sichern. Im vorliegenden Falle hat der Unternehmer jedoch die Rechnung ohne die Gewerkschaft gemacht, die sich natürlich durch Gewaltakte nicht einschüchtern läßt.

In einer Schuhfabrik leitete ein Angestellter seit Jahren eine Abteilung. Trotz eines abgeschlossenen Tarifvertrags wurde der Mann untertänig bezahlt. Eine Zeitlang schweigt er dazu, um nicht seine Stellung zu verlieren. Dann wird aber der Werkmeister krank, und der Angestellte muß neben seinen eigenen Arbeiten auch die Vertretung des Werkmeisters übernehmen. Nun verlangte der Angestellte, man möge ihm in Anbetracht seiner besonderen Leistungen endlich das ihm zustehende Tarifgehalt zahlen und auch seine neue Tätigkeit als Werkmeister berücksichtigen. Darob Entlassen in der Direktion. Das Verlangen des Angestellten wird in einem Schreiben als „unberechtigte Annahme“ bezeichnet. Der Mann wird wegen Wahrung seiner berechtigten Forderung fristlos entlassen!

Der Verhandlung nahm sich nun der Sache an, und vor dem Arbeitsgericht mußte sich der Unternehmer dazu bequemen, die Nachzahlung des zu wenig gezahlten Gehalts anzuerkennen. Die Kündigung wurde jedoch aufrechterhalten. Und nun erteilte die Kammer dem Unternehmer eine Lektion, die er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Die Firma wurde zur Wiedereinstellung des Angestellten und tarifmäßiger Bezahlung oder zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung verurteilt. In der Urteilsbegründung wies das Gericht die Auserkennung der „unberechtigten Annahme“ zurück und führte aus, daß jeder von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch machen könne. Das muß insbesondere für Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis gelten. Wer sein Recht geltend macht, verletzt dadurch niemand, und wer sich auf die ihm tariflich zustehenden Rechte beruft, verstoßt nur dem übergeordneten Willen der Tarifvertragsparteien entgegen.

Noch ist es nicht so weit, geschlossene Abmachungen als einen wertlosen Papiertüchlein zu betrachten. Alle Veruche, derartige Abmachungen zu durchbrechen, werden an dem Widerstand der Gewerkschaften scheitern. Den Angestellten aber kann nicht eindringlich genug gesagt werden: Schließt Euch der zuständigen freien Gewerkschaft an!

Die Bauarbeiter hungern

Trotzdem kein Tarifschutz

Die Bauarbeiter geben einer schweren Zeit entgegen. Es geht ihnen schon jetzt herzlich schlecht, aber es scheint, daß sie den Hungerriemen noch enger schnallen sollen. Der Baumarkt ist so gut wie tot. 60 Prozent der Bauarbeiter sind arbeitslos und bald werden es 90 sein; denn nach der neuen Notverordnung muß man damit rechnen, daß der städtische Wohnungsbau völlig zum Erliegen kommt, während auf der andern Seite in der Krise die Industrie ebenfalls stillsteht und niederbricht, als auf- und umbaut. Zu den Siedlungsbauten aber, vor allem zu der geplanten Siedlung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit will man die Bauarbeiter auch nicht heranziehen; hier will man lieber mit dem freiwilligen Arbeitsdienst herumexperimentieren als den hungernden Bauarbeitern eine Erwerbsmöglichkeit geben.

Für die Notlage der Bauarbeiter hat man im Reichsarbeitsministerium allem Anschein nach wenig Verständnis. Die Legende von den hohen Bauarbeiterlöhnen muß den maßgebenden Stellen den Blick getrübt haben, lobend sie die traurige Wirklichkeit, in der sich die Bauarbeiter befinden, gar nicht sehen. Anders ist die Haltung des Ministeriums gegenüber den Bauarbeitern kaum zu erklären. Soeben hat es endgültig eine Allgemeinverbindlichkeitsklärung der Bauarbeiterlöhne abgelehnt.

Dem Reichsarbeitsminister sind die Bauarbeiterlöhne noch immer zu hoch. Nur aus dieser Auffassung heraus kann er seine verbängnisvolle Entscheidung getroffen haben. Das Statistische Reichsamt hat jedoch in seiner kürzlich veröffentlichten Tariflohnstatistik festgesetzt, daß das Gerede von den hohen Bauarbeiterlöhnen wirklich nur ein leeres Gerede ist. Nach der erwähnten Statistik, d. h. also nach der Feststellung einer Behörde, die dem Reichsarbeitsministerium sehr nahe steht, betrug der durchschnittliche Tariflöhndollar für Maurer im Juli 1931 113,4 Pf., für Sauer im Bergbau ebenfalls 113,4, für Tischler 114,4 und für Brauer 122,0 Pfennig. Der Tariflohn der letzten Gruppe ragt also bedeutend über den Tarifdurchschnittslohn des Bauarbeiters hinaus. Viel schlimmer noch liegen die Dinge, wenn man die vom Statistischen Reichsamt errechneten Jahresdurchschnittseinkommen der

Bauarbeiter betrachtet. Danach hatte der Bauarbeiter aus baugewerblicher Arbeit im Jahre 1930 ein tatsächliches Einkommen von 1200 Mark, und das voraussichtliche Einkommen des Bauarbeiters im Jahre 1931 beträgt nach dem Statistischen Reichsamt 650 Mark — in Worten: sechshundertfünfzig Reichsmark! Noch viel elender sind die Einkommensverhältnisse bei den Bauhilfsarbeitern, die ebenfalls von der Verweigerung der Allgemeinverbindlichkeitsklärung der Löhne durch den Reichsarbeitsminister schwer betroffen werden. Ihr tatsächliches Einkommen betrug schon im Jahre 1930 nur 960 Mark; ihr voraussichtliches Einkommen für das Jahr 1931 beträgt nach denselben amtlichen Quelle, die gar keine Ursache hat, die Dinge schlimmer zu malen, als sie sind, rund 510 Mark.

Das sind Jahreseinkommen! Die Feder sträubt sich, sie niedriger zu schreiben. Die Vorstellung, daß von diesen „Einkommen“ Familien ernährt werden sollen, ist arauig und aufreizend. Sie muß bei jedem nur einigermaßen menschlich empfindenden Menschen Empörung gegen alle Verantwortlichen wachrufen, die noch — auch jetzt noch — mit dazu beitragen, auch noch diese Hungerverdienste zu gefährden. Wo bleibt die Ab- und Umkehr von einer solchen Lohnabbaupolitik, die nicht nur das Volk, sondern die ganze Wirtschaft ins Chaos führt?

Aus der Stadt Durlach

Zur Bürgermeisterwahl

wird uns mitgeteilt: „Nach einer Entscheidung des Ministers des Innern kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch Artikel 14 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober ds. Js. die Amtsdauer des gegenwärtigen Bürgermeisters Ribert in Durlach bis zum 1. Mai 1933 verlängert worden ist.“

Sozialdemokratische Frauenaktion. Auf die heute Mittwochabend 8 Uhr in der Volkshochschule (Handarbeitsaal) stattfindende Versammlung, in der Genosse Pfarrer Kappes über „Erziehung zum sozialistischen Menschen“ spricht, sei nochmals aufmerksam gemacht.

Aus aller Welt

Ein mißglückter Eisenbahnanschlag

Wien, 20. Okt. Bei dem Streckenwärter der Eisenbahnbrücke, die bei Komorn über die Donau führt, ereignete sich vor Witternacht ein Mann, der sich erkundigte, ob der internationale Schnellzug Budapest—Prag Verspätung hätte. Als der Streckenwärter dann die Strecke abging, entbedte er auf der Brücke zwei auf den Gleisen liegende Steinblöcke von etwa je 70 Kilogramm Gewicht. Durch die Steinblöcke gelang es dem Wärtter, den Schnellzug im letzten Augenblick zum Halten zu bringen. Die ungarischen und tschechischen Grenzschutz wurden von dem Vorfalle benachrichtigt. Die tschechoslowakische Grenzschutz hat bereits eine bestimmte Spur aufgenommen.

Abgestürzt

Zwei Österreicher Touristen, die eine Besteigung des 2950 Meter hohen Graßkogel bei Enns über die Donau wollten, werden seit Sonntag vermißt. Man glaubt, daß sie im Spaltengewirr eines Gletschers um Leben gekommen sind.

Die amerikanische Flotte gibt ein zweites Zeppelinluftschiff in Auftrag

Washington, 20. Okt. Der Staatssekretär für die Flotte, Adams, hat heute Auftrag zum Bau eines zweiten Luftschiffes, gleich dem „Akron“ erteilt. Er verleiht gleichzeitig die offizielle Genehmigung der „Akron“.

Die Trauer um Edison

West-Orange, 20. Okt. Zehntausende sind schon durch die Bibliothek Edisons versammelt, in der die Leiche des großen Erfinders aufgebahrt ist. Der Bürgermeister von West-Orange, Walker, hat für morgen abend um 7 Uhr für die Stunde, in der Edison beigesetzt wird, „eine Minute Dunkel“ angeordnet.

Amerikanischer Theaterkonzern zusammengebrochen

New York, 21. Okt. (Hunddienst). Amerikas größtes Bühnenunternehmen, der Schubert-Theaterkonzern, ist in Konkurs gegangen. Die Passiven betragen 20 Millionen Dollar. Der Schubert-Konzern untersteht in Amerika Dutzende von Bühnen, die sehr häufig den tschechischen Schauspielern von Wärschau hier beschäftigt. Der Zusammenbruch des Konzerns ist nicht zuletzt auf die schwierige Wirtschaftslage, in der sich Amerika heute auch befindet, zurückzuführen.

Die Bestattung der Grubenopfer

Dortmund, 20. Okt. (Eia. Draht). Die katholischen Opfer des Grubenunglücks auf der Zeche Mont Cenis in Berno werden am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr auf dem Friedhof in Berno beigesetzt, die evangelischen um 4 Uhr in Hohlkauen.

Der Unfallauschuss der Grubenbau betriebe und feststellt, daß es sich bei dem Unfall um eine Schlauchtrennung handelte, bei der auch Kohlenstaub mitgewirkt habe. Das Getöse-Staubverfahren hat sich nach den weiteren Feststellungen des Ausschusses ausgesprochen bewährt, und eine weitere Ausbreitung des Unfalls verhindert. Die Explosion war auf eine Steckbefehrschaltung beschränkt. Soweit Bergleute anderer Abteilungen von dem Unfall betroffen wurden, handelt es sich um die Wirkung der Nachschwadern. Die Ursache der Explosion selbst kann erst nach erfolgter Aufklärung der Unfallursache festgestellt werden.

helle festgestellt werden. Drei Verletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Berlin, 20. Okt. Zu dem Grubenunfall auf Zeche Mont Cenis hat der französische Arbeitsminister zugleich im Namen des französischen Botschafters dem Reichsarbeitsminister telegraphisch seiner aufrichtigen Anteilnahme versichert.

Dortmund, 20. Okt. Von den beim Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis verunglückten Bergleuten sind heute abend drei ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich somit auf 15.

Der Lübecker Kindersterben-Prozeß

Lübeck, 20. Okt. Am heutigen Tage des Tuberkuloseprozesses wurde Professor Dr. Deude nochmals gehört. Zunächst kam ein Schreiben des schwedischen Gesundheitsamtes zur Sprache, in dem auf Wunsch des Gerichtes mitgeteilt wurde, daß die Abgabe des Amstoffs in Schweden durch ständige Tierversuche kontrolliert wird. Der Vorstehende sprach Dr. Deude, weshalb solche Versuche nicht auch in Lübeck gemacht werden wären und ob nicht dadurch der Feststellung vielleicht sich hätte früher feststellen lassen. Dr. Deude erwidert, er glaube nicht, daß man den Feststellung früher hätte erkennen können. Außerdem hätte man damals annehmen müssen, daß es sich um ein durchaus erleichtertes Verfahren handelte.

Ausbruchsvorwurf Scheringers

MS. Berlin, 21. Okt. Der frühere Reichswahlkämpfer Scheringer, der von den Nationalsozialisten zu den Kommunisten übertrat, hat, wie das Berliner Tageblatt berichtet, einen Ausbruchsvorwurf aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Moabit unternommen. Scheringer versuchte mit einer Feile einen Gitterstab zu seiner Zelle zu durchfeilen. Doch wurde der Ausbruchsvorwurf fruchtlos von einem Wärter bemerkt. Nachdem die Direktion des Gefängnisses benachrichtigt war, wurde Scheringer alsbald umquartiert und in einer besonders sicheren Zelle untergebracht.

Abgestunken

Es stinkt uns wie Niederlage, und nun scheint es außer Frage, daß bei uns nicht alle wollen, daß die Köpfe rollen sollen.

Suabenberg muß sich gedulden, niemand zahlt ihm seine Schulden, nicht einmal sein Zuckerkuchen half dem Guten auf das Thronchen.

Adolf muß sich weiter plagen und das Dritte Reich veranagen, hoffend, daß das Volk ermache für den späteren Tag der Rache.

Schau vor dem Gespenst der Not wird er jense aus den Not die verzweigte Lösung luftholen, wie man's macht, legal zu putzen.

Ferdinand Radlinger.

WANZEN

gant Brut werden durch das neue 7404

„A.S.“-Verfahren

absolut sicher beseitigt Deutsche Verkehrung gegen Ungezieher

Anton Springer

Grünauer Str. 6, Tel.

2340

Kohlenherde, Defen

„Weber“ auf Zeltablag

der kleiner Anzahlung zu verkaufen 7808

Dürr, Wilhelm-

Str. 64, 207.

Küchen

von 130.-A. 20. et. 85.-A

Süßnig Jähringer-

Str. 27 (hint. Gieshölzer Str.)

Difform *Blaufrucht* *Süßnig*

Sil

zu waschen!

Hergestellt in den Persil-Werken!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

Wittwoch, 21. Oktober.

1833 *Chemiker Alfred Nobel. — 1878 Sozialistengesetz tritt in Kraft. — 1918 Österreichische Nationalversammlung beschließt Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs. — 1894 Sozialpartei tagt in Frankfurt a. M. — 1921 Genfer Entsch.: Teilung Oberschlesiens. — 1923 Separatistenputsch im Rheinland.

Im Transformatorhaus schwer verunglückt

Gestern ereignete sich im Transformatorhaus des Lebensbedürfnisvereins ein schwerer Unglücksfall, bei dem ein Arbeiter lebensgefährliche Brandwunden und ein anderer Arbeiter schweren körperlichen Schaden erlitt. Die beiden Verunglückten waren damit beschäftigt, ein Gasrohr durch den Transformatorraum der elektrischen Leitung hindurchzuführen, ohne jedoch den Strom abzuschalten. Dabei kam der eine Arbeiter, der im Innern der Transformatorzelle arbeitete, der Starkstromleitung von etwa 5000 Volt zu nahe, wobei er äußerst schwere Verbrennungen an den Armen, Händen und am Rücken erlitt. Als der andere Arbeiter, der außerhalb des Transformatorhauses sich befand, merkte, daß sich eine Flamme gebildet hatte, begab er sich in den Raum hinein und befreite unter eigener Lebensgefahr seinen verunglückten Arbeitskollegen. Er erhielt dabei einen schweren Schlag, sowie einen Nervenschlag und mußte wie sein Kollege ins Krankenhaus gebracht werden. Der Fall mahnt wieder von neuem zur doppelten Vorsicht und Einhaltung der Schutzvorschriften.

Wie das Karlsruher Naziblatt lügt

Wir haben in der gestrigen Nummer bereits den lausiblen Schwindel des hiesigen Naziblattes charakterisiert, das seinen Lesern vorgelogen hat, in Braunschweig seien 140 000 Braunhemden aufmarschiert gewesen am vergangenen Sonntag. Wir haben dabei darauf aufmerksam gemacht, daß schon aus verkehrstechnischen Gründen diese Zahl eine glatte Unmöglichkeit darstellt. Selbst solche bürgerliche Blätter, die sich bemühen, den Nazis nicht wehe zu tun, also nicht ihr Mißfallen zu erregen, geben als Teilnehmerzahl zwischen 30- und 40 000 an. Nun paßt der Führer das Maß, daß selbst das Hauptorgan Hitlers, der Völkische Beobachter, ihn bloßen Krach. Der Völkische Beobachter gibt nämlich in großer Schlagzeile als Teilnehmer die Zahl von 100 000 an. Natürlich ist auch das mehr als 100prozentig übertrieben, aber dem Karlsruher Naziblatt, das in der Straußelstraße und in der Büchsenstraße wohnt, geht es nicht an, es log einfach glatt noch 40 000 dazu. Aber diese bloßen politischen Schemata, die für ein Abonnement des Führers Geld ausgeben und an den in diesem Blatt verappten täglichen Unsinn und Schwindel glauben, werden auch die 140 000 schlucken. Und mit einer solchen Gesellschaft soll ein neues Reich aufgerichtet werden.

Nur so weiter, ihr Herren Richter!

Appell der Sturmabteilung in Uniform. — Kein Verstoß gegen Uniformverbot, da Uniform verdeckt getragen

Im. Wie erinnertlich, hatten sich am 25. Juli ds. Js. sieben Angehörige der NSDAP vor dem Schnellrichter wegen Zuwiderhandlung gegen die Bekanntmachung des badischen Innenministeriums vom 11. Juli (Uniformverbot) und Vergehens gegen § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März ds. Js. zu verantworten. Nach der Anklage waren die Angeklagten am Abend des 16. Juli in dem Anwesen des Restaurants „Friedrichshof“ versammelt, wobei sie die Uniform der Sturmabteilung der NSDAP trugen, obwohl ihnen bekannt war, daß das Tragen der Uniformen durch Bekanntmachung des badischen Innenministeriums vom 11. Juli verboten ist. Es handelte sich, wie die Angeklagten angaben, um einen auf Anordnung von Rechtsanwalt Rupp einberufenen Appell (1) der Sturmabteilung, an dem sich rund 140 SA-Männer beteiligten.

Das Amtsgericht verhängte dafür kleine Geldstrafen. Die Beurteilung sowohl wie die Staatsanwaltschaft haben gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, so daß die Angelegenheit heute erneut vor der Strafkammer II (Vorpräsident: Landgerichtsdirektor Köhler) als Berufungsinstanz zur Verhandlung kam.

Es wurde dann folgendes Urteil verkündet: Auf die Berufung der Angeklagten wird unter Verwerfung der Berufung der Staatsanwaltschaft das Urteil des Amtsgerichts Karlsruhe vom 25. Juli aufgehoben. Die Angeklagten werden freigesprochen. Die Kosten trägt die Staatskasse. Das Gericht verneinte die Frage, daß sich die Angeklagten gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März und gegen die Verordnung des badischen Innenministers verstanden haben. Die Strafkammer vertritt den Standpunkt des Reichsgerichts. Das Reichsgericht vertritt den Standpunkt, daß es zum strafbaren Tatbestand nötig ist, daß die Uniform und das Abzeichen sichtbar getragen und sichtbar gemacht werden muß in der Öffentlichkeit. Ohne sichtbares Tragen gibt es keinen Zusammenstoß (1). Aus diesen Gründen erfolgte Freisprechung, weil der Tatbestand der Verordnung nicht gegeben ist und weil die Uniformen nicht sichtbar gemacht wurden in der Öffentlichkeit.

Die Nazis können mit diesen Richtern immer zufrieden sein. Daß es schon vorgekommen ist, daß die Hitler ihre Uniform verdeckt getragen haben und nach Gutdünken die „Hülle“ abwarfen, somit in Uniform sich bewegten, davon hat man scheint in gewissen Richterkreisen noch nichts gehört oder will nichts wissen. Und als ob der Appell nur in Uniform hätte stattfinden können und nicht in Zivil! Man wollte einfach zeigen, daß man auf die Verordnung des Innenministers pfeift und ein gutgläubiges Gericht sanktioniert die Ausreden der Angeklagten und ihres Verteidigers.

(1) Mitgliederversammlung der Edeka-Großeinkaufsgenossenschaft. Die Edeka-Einkaufsgenossenschaft hatte ihre Genossen auf Mittwoch, 14. Oktober, zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Hotel „Goldener Adler“ eingeladen. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Kaufmann A. Ernst, geleitet. Der 1. Vorstand der Genossenschaft, Herr Kaufmann A. Beyer, übermittelte der Versammlung die besten Wünsche des erkrankten Vorstandsmitgliedes, Herrn Kaufmann F. W. W. die seitens der Anwesenden herzlich erwidert wurden. Aus dem Geschäftsbereich des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Genossenschaft unter der neuen Leitung des Jahres 1931 bis jetzt sehr gut überstanden habe und daß berechnete Ausichten

Die dreifache Bürgersteuer

Innerhalb der Bevölkerung haben die neuen städtischen Steuern, wie sie vom Oberbürgermeister angeordnet worden sind, berechtigte Erregung hervorgerufen. Insbesondere ist es die Bürgersteuer, die neben der Verdoppelung der Biersteuer, sowie Einführung der Getränkesteuer durch ihre Verdreifachung eine ganz entschiedene Ablehnung erlährt. Sie ist auch die roheste und unsozialste aller Steuerarten, denn sie berücksichtigt die sozialen Verhältnisse des Steuerzahlers auch nicht im Geringsten. Ob der Bürgersteuerpflichtige keine Kinder oder ob er eines oder zehn Kinder hat, findet nicht die geringste Berücksichtigung. Ebenso nicht, wenn in der Familie eine Anzahl Kinder arbeitslos sind oder sonstige Verhältnisse herrschen, die bei den anderen Steuerleistungen mildernd wirken.

Der Kampf gegen die Bürgersteuer ist ja nicht neu, denn schon bei ihrer ersten Einführung wurde gegen diese Kopfsteuer ganz entschieden Protest erhoben. Auch bei der Aufstellung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1931 stand die Verdoppelung der Bürgersteuer im Vordergrund des steuerlichen Kampfes, denn die meisten Parteien wollten von einer Verdoppelung nichts wissen. Der Kampf drehte sich also damals um die Verdoppelung, während heute sogar ein 200prozentiger Zuschlag zu der jetzigen Bürgersteuer in Betracht kommt. Obwohl Zehntausende von Bürgern von der Bürgersteuerpflicht befreit sind, lastet sie aber geradezu erdrückend auf dem größten Teil der anderen Bürgersteuerpflichtigen, besonders derjenigen von einem niedrigen und mittleren Einkommen. Man muß nämlich die heute so gedrückten Löhne und Gehälter berücksichtigen, um die Schwere der Bürgersteuer begreifen zu können. Dank der schlechten Wirtschaftslage und der Handlanger des Unternehmertums, wie sie zum Beispiel die Hitlerbewegungen darstellen, wurden doch die Löhne und Gehälter in einer Weise gesenkt, daß selbst in den Familien, wo der Mann noch in Arbeit steht, das Durchhalten nur unter schweren Entbehrungen möglich ist. Löhne von 25 und 30 Reichsmark sind heute keine Seltenheit mehr. Es ist deshalb gerade zum Verzweifeln, wenn man von derartigen Arbeitern eine Bürgersteuer für sich und seine Frau im Betrage von 27.— RM verlangt. Aber auch für die mittleren Einkommen, die die Grenze von 4500.— Reichsmark übersteigen, bis zu 6000.— RM, bedeutet die Verdreifachung der Bürgersteuer im Betrage von 54.— RM, eine schwere Belastung, wenn auch nicht von dem Ausmaße, wie bei den hundsmiserablen Löhnen, wie wir sie vorher angeführt haben. Kein Wunder, daß die sozialdemokratische Stadtratsfraktion die Bürgersteuer ganz erschießen abgelehnt hat.

In Wirklichkeit bedeutet die Bürgersteuer gar nichts anderes, als der von gewissen bürgerlichen Parteien schon längst herbeigesehnte Zuschlag zur Einkommensteuer, um die Umlage für den Zuschlag zur Einkommensteuer betämpft, und nun will man auf dem Wege über die Bürgersteuer dennoch diesen Zuschlag erhalten, der sogar die ärmsten Leute trifft. Die bürgerlichen Parteien führen zu ihrer Rechtfertigung des Zuschlages zur Einkommensteuer stets an, daß die Sozialdemokratie immer nur Forderungen stelle, aber die Deckung der Ausgaben für diese Forderungen den Umlagegebern überlasse. Aus diesem Grunde verlangten sie die Erhebung des Zuschlages zur Einkommensteuer, der auch die niedersten Einkommen treffen sollte. Aber seitdem die Bürgersteuer erhoben wird, hört man nichts mehr von diesem Zuschlag, denn die Bürgersteuer ist ja vollwertiger Ersatz dafür. Diese Steuer, die man auch Kopfsteuer nennen kann, wurde i. Zt. von der Reichsregierung auf Drängen der Wirtschaftspartei und der deutschen Volkspartei, die damals in der Reichsregierung

sahen, der Regierung aufgedrungen. In den Ländern hat die frühere Ministerpräsident in Thüringen die Kopfsteuer zuerst eingeführt, weshalb auch die Nazis gar keinen Grund haben, sich jetzt gegen die Bürgersteuer aufzulehnen. Mit der Kopfsteuer wollte man der Ausgabekontingenz der von den „Marristen“ beherrschten Gemeinden einen Riegel vorschieben. Dies ist auch heute zu einem gewissen Grade gelungen, allerdings zum Schaden der Gemeinde und ihrer minderbemittelten Bevölkerung.

Wenn die Sozialdemokratie zu einer Ablehnung der Bürgersteuer gekommen ist, so tat sie dies nicht, um sich vor der Verantwortung um Ausgleich des Gemeindefiskus zu drücken. Die sozialdemokratische Rathausfraktion darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie noch immer für die Deckung der durch ihre Unentschieden erwachsenen Ausgaben stets praktische Vorschläge gemacht hat und für die Deckung eingetreten ist. Aber für eine dreifache Bürgersteuer ist sie unmaßig zu haben, ganz abgesehen davon, daß die durch die diktatorische Anordnung des Oberbürgermeisters Grund der badischen Notverordnung vom 9. Oktober einen schmerzhaften Einschnitt in die Selbstverwaltung der Gemeinden erlährt.

Aber nicht nur die Bürgersteuer, sondern auch die Getränkesteuer sowie Verdoppelung der Biersteuer finden schärfsten Widerspruch bei der Bevölkerung. Obwohl jeder die Höhe dieser Steuer dadurch selbst bestimmen kann, ob er wenig oder viel Bier trinkt, oder ob er häufiger Galt in den Wirtschaften ist, wirkt sie doch schädigend im Gastwirtsunternehmen aus. Wird durch die Rückgang des Bierkonsums eine weitere Arbeitslosigkeit eintreten. Diese Schattenseiten darf man bei Beurteilung der Sachlage nicht außer Acht lassen.

Ob der Stadtrat gegen die Anordnungen des Oberbürgermeisters und Landeskommisars Einspruch erheben wird, weißt nicht unser Kenntnis. Viel wird der Einspruch nicht nützen, denn der Oberbürgermeister kann sich auf den Beschluß der Reichsregierung stützen, daß nur diejenigen Gemeinden aus dem 200 Millionen-Fond eine Unterstützung erhalten, welche die Bürgersteuer, die Verdoppelung der Biersteuer und die Getränkesteuer eingeführt haben. Der Betrag aus dem Ausgleichsfond beläuft sich für Karlsruhe, wie wir schon in unserer Samstagsnummer berichtet haben, auf rund 363 000 RM.

Die Reduzierung der Fürsorgeerträge.

Schwere Enttäuschung bei den Fürsorgeempfängern die Herabsetzung der Fürsorgeerträge erfahren. Die Säse waren ohnehin schon so nieder bemessen, daß sie kaum ausreichen, die notwendigen Lebens zu treffen. Wer nicht imstande ist, sich noch einige Mark mehr zu verdienen oder wer nicht anderweitig Unterstützung erhält und nur auf die Fürsorgeunterstützung noch den bis jetzt gesammelten Rücklagen angewiesen war, werden den schwersten Entbehrungen ausgesetzt. Und nun werden diese Rücklagen noch weiter ermäßigt, ohne daß auf der anderen Seite ein Ausgleich durch Verbilligung der Lebensmittel oder Mieten eintritt. Man muß sich in die Lage der Fürsorgeempfänger hineinversetzen, um begreifen zu können, wie eine Reduzierung der Unterstützungsteile wirkt, auch selbst dann, wenn es sich nur um einige Mark handelt. Wohl sind die Fürsorgeausgaben ungeheuer angewachsen, aber, ob es gerade notwendig ist, auch bei diesen Vermehrungen Armen an ihren ohnehin knappen Unterhaltungen zu sparen, müßten wir denn doch bezweifeln, insbesondere im Hinblick darauf, daß in dieser Notzeit auf der anderen Seite bei den vertriebenen Stellen außerordentlich hohe Gehälter bezahlt werden. Man muß deshalb begreifen, daß die Herabsetzung der Rücklagen für die Fürsorgeempfänger eine starke Erbitterung erzeugt hat.

für einen verhältnismäßig günstigen Jahresabluß vorhanden seien. Eine ganz besondere Note erhielt die Veranstaltung durch das interessante Referat des Ehrenagisten, Herrn Direktor Schill von der Edeka-Zentrale Stuttgart. Die nun folgende Auswertung gestaltete sich sehr lebhaft. Herr Ernst konnte, kurz nach Witternacht, die Versammlung mit Worten des Dankes an die Erregenen schließen.

(2) **Schlusßübung der Freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg.** Am Samstag, 17. Oktober 1931, abends 19 Uhr, fand die Herbstübung der Mühlburger Freiwilligen Feuerwehr unter Leitung des Kommandanten, Herrn Adolf Doldt und in Anwesenheit des Herrn Brandingenieurs Kattenstroß von der Berufsfeuerwehr am Steigerhaus in der Hardtstraße statt. Angenommen war ein Brand im Dachstuhl, der außer durch einige Leitungen, die im Innern und über Dachleitern vorgenommen wurden, auch durch Wassergeben von der großen Leiter aus bekämpft wurde. Die Angehörigen der Wehre waren zahlreich erschienen. Dank guter Kooperationsverhältnisse und ausreichendem Druck, der durch Zwickelhaltung der Motorleitenspritzte erzielt wurde, konnte der angenommen Brand in kurzer Zeit gelöscht werden. Das Steigerhaus war im Innern in traditioneller Weise durch Schellackfeuer bengalisch beleuchtet, so daß die Übung von der dichtesten Zuschauermenge gut beobachtet werden konnte. Nach Abblasen der Übung rückten die Abteilungen unter Vorantritt der Kapelle und von Fackeln flankiert zum Gerätehaus zurück, wo das Kommando den

Vorbeimarsch abnahm. Auf dem Hofe hielt der Kommandant den Wehre eine kurze Ansprache. Er dankte den erschienenen Mitgliedern für Teilnahme und Interesse und entließ die Abteilungen zu dem mütigen Zusammensein in die einzelnen Kompanielokalitäten.

Veranstaltungen

Das Rehsitzer Streich-Orchester der Herren Schmid, Hoenisch und Weitz hat sich im Rahmen der letzten Konzerte in Karlsruhe so überaus günstig eingestellt, daß es auch in der letzten (letzten) Zeit so wacker klingen konnte, ein zweites Konzert folgen zu lassen, das Samstag, den 31. Oktober, wiederum im Rathauskale stattfinden wird. Es ist dies eine besondere Veranstaltung der Konzertdirektion Kurt Kuefeldt, für die schon im Abonnement der Kammerkonzerte Ermäßigung eingeräumt bekommen. Maria Zwoglin kommt nach Karlsruhe! Der 28. November wurde für das erste Auftreten der berühmten und gelehrten Violoncellistin, der Genowari Maria Zwoglin angelegt. Nach jahrelangen Verantungen ist es endlich der Konzertdirektion Kurt Kuefeldt gelungen, diesen „Star“ für Karlsruhe zu gewinnen. Wie überall, wird Maria Zwoglin auch bei uns von dem prominentesten der Violoncellisten, dem einseitigen Pianisten Wilhelm Kaufmann, am Flügel begleitet werden.

Wasserstand, des Rheins

Hafel 13; Waldsbut 210, gef. 3; Schusterinsel 62, gef. 5; Reil 212, gef. 4; Maxau 314, gef. 4; Mannheim 246; Caub 161, gef. 1 3/4m.

Die Medaille der Reichsregierung wird — Kathreiner verliehen!

Die 2. Internationale Hygieneausstellung in Dresden hat eben ihre Pforten geschlossen. Vieles Neue, Wunderbare hat die Wissenschaft und die Industrie uns gezeigt — sehr vieles...

Die höchste Auszeichnung aber, die Medaille der Reichsregierung, wurde Kathreiner verliehen, unserm guten alten Kneipp-Mahlkaffee. Wie hätte sich Kneipp darüber gefreut — der Erfinder des Kathreiner, der unvergeßliche Vorkämpfer der modernen Ernährungslehre...

Meine **2. Reste-Verkaufstage**
Mittwoch u. Donnerstag, 21. u. 22. Oktober
zu bekannt billigen Preisen
sind eine Spargelegenheit ersten Ranges.
Vorhanden sind eine Unmenge Reste in allen Stoffarten für Kleider, Hauskleider, Kinderkleider, Mäntel und Blusen, Röcke, Herren- und Knabenanzüge sowie viele Baumwoll- u. Weißwarenreste
Eine ganz große Kaufgelegenheit sind auch meine letzten Angebote in **Damen-Kleidern** die durch ihre Reichhaltigkeit und durch die niederen Preise überraschen

Carl Schöpf

Danksagung
Für die so überaus zahlreichen Kranz- und Blumenpenden und für die so herzliche große Anteilnahme an dem unerwarteten Heimgang meiner unvergesslichen lieben Frau und Mutter meiner Kinder spreche ich auf diesem Wege auch im Namen meiner Verwandten und Kinder den innigsten Dank aus.

Gartenstadt, Resedenweg Nr. 94
Karl Schoch

Einmalige Anzeige
Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilverein) Karlsruhe
Freitag, den 23. Oktober, 20 Uhr, im Palmengarten, Herrenstraße 34
öffentl. Lichtbilder-Vortrag
von Dr. med. **Tiencu-Wörsholzen** über **Ohren-, Hals- und Nasenkrankheiten** und ihre naturgemäße u. biologische Behandlung
Eintritt: Mitglieder einschließlich Kneipp- und Homöopath. Verein 30 Pfg., Nichtmitglieder 1 RM. (nummerierte Plätze, Mitglieder 1 RM. Nichtmitglieder 1.50 RM.)
Vorverkauf: Reformhäuser Neubert, Karlstr. 29 a, Wilhelm, Douglasstr. 22 und „Alpina“, Kaiserstr. 32.
Anmerkung: Am Donnerstag, den 22. September Stadtgarten, „Roter Saal“, Damen-Kaffeekränzchen der Frauengruppe mit Vortrag des Herrn Ga tenbaum, Lehmann-Erlingen über „Blumen- und Blumenpflege“
Vorführung des Films: „Wachsen und Blühen der Pflanzen“. Eintritt frei, Gäste willkommen.

Reform-Gaststätte
Kaiserstr. 56
Täglich: die frischen Gemüse feinen Mehlspeisen beliebt. Spezialplatten
Mäß. Preise - Kein Trinkzwang

Bruch-Heilung
Innere Methode der **Hermes**
erzielt gute Heilerfolge (auch bei Wasserbrüchen), wo die sonst üblichen Heilmittel versagen.
Seit mehreren Jahren einen Bruchbruch rechts, der schließlich wie eine Wand sich nach unten geneigt hatte. Ging zu „Hermes“, nach einem Jahr fühlte ich mich geheilt, ich arbeite wieder schwerer wie früher, bin 60 Jahre alt. **Hermann Schäfer**, Weingärtner, Nord bei Weingarten, 27. Mai 1931.
... kann leit der Heilung durch Sie jede Arbeit verrichten ohne Schmerzen oder sonstige Nachteile zu haben. ... **Kaver Eit**, Müllingen, 16. April 1930.
Weitere Referenzen gegen doppeltes Rückporto: **Berechnungen unteres Vertrauen**: **Karlsruhe**: Samstag, 24. Oktober, vormittags 9-11, nachmittags 2-5, **Hotel Zug**; **Wörzheim**: Sonntag, 26. Oktober, vormittags 9-11, **Samoa-Hotel**; **Baden-Baden**: Montag, 26. Oktober, vormittags 9-12, **Hotel Europa**.
Schreibsicht nur nach frühzeitiger Anmeldung möglich.
„Hermes“ **Orthopädisches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg, Esplanade 6.**

Badisches Landes-Theater
Mittwoch, 21. Okt.
1. Sinfonie-Konzert
Leitung: **Johannes Brahms**
Solist: **Ruth Hellwig** (Violine)
Sinfonie-Orchester
Anfang 20 Uhr
Ende 22 Uhr
Preise: 1.20-4.00

Schlafzimmer
Kaufhaus imit., neu für 100.-. Der Eckant die Schlafzimmers hat durch anlagegemäße Behandlung bei der Aufbewahrung etwas nachgelitten, was heißt wir Ihnen das Zimmer zu unteren Selbstkostenpreis anbieten. Dieses Zimmer besteht aus: 1. dreiteiligen Garderobenschrank mit 3 Schränken, 1/2 für Kleider, 1/2 für Wäsche, 1 Waschtisch mit Spiegel, 2 Bettstellen, 2 Stühle, 1 Handtuchhalter. Das Zimmer ist als noch neu und hat der Schrank nur durch ungenügenden Schutz bei der Aufbewahrung etwas nachgelitten, aus welchem Grunde wir Ihnen das Zimmer derzeit billig anbieten. Wir werden sehr gern Gelegenheit zum Eintausch eines neuen und sehr preiswerten Schlafzimmers.
Wobbehaus Carl Baum & Co.
Erbprinzstr. 30
- kein Laden -
Ständiges Lager ab 100 Zimmer und Räucher. - Bequeme Zahlungsbedingungen

Der Blitz vom Mittwoch
Damen Schlupfrose 1.-
Hautstuchdecke 1.-
Cachenez 1.-
Nützen Sie die enormen Vorteile unseres Verkaufs

Friedrich Löffel
Kassen-Lotterie
Ziehung 1. Klasse
21. und 22. Oktober 1931.

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe
Öffentliche Zahlungserinnerung
Die Arbeitgeber haben lagungsgemäß ihre Kassenbeiträge für den abgelaufenen Monat teils in der Zeit vom 4. bis 15. des folgenden Monats am Kassenkassier einzuschicken. Diejenigen Schuldner welche mit der Zahlung für den abgelaufenen Monat im Verzuge sind, werden hiermit aufgefordert, längstens innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten, andernfalls ohne Weiteres die Zwangsverfügung durchgeführt werden dürfte. Eine Abholung der Beiträge findet nicht mehr statt.
Vorstehende Mahnung gilt nicht für Arbeitgeber, welche die Beiträge innerhalb 3 Tagen nach jeder Lohnzahlung an die Kasse abzuführen haben.
Karlsruhe, den 21. Oktober 1931.
Der Kassenvorstand.

KAMMER LICHTSPIELE
Kaiserstraße 168
Ein deutscher Schlager-Tonfilm mit schmissiger Musik und fesselnd witzigen Handlungsvorgängen:
Heute Nacht - eventuell !
Die ganz große Besetzung:
Jenny Jugo, Fritz Schulz, Siegfried Arno, Joh. Niemann
Musik von Robert Stolz
Evelyn Holt in
Ein Mädel und 3 Clowns
Ein gewaltiges spannendes Spiel von Liebe, Not und Sensation
Beiprogramm 7828
Anfang 3 Uhr. Letzte Vorstellung 8.30 Uhr

Eintracht
Freitag, [23.] Okt. 20 Uhr
Nur für Erwachsene!
Film-Vortrag Dr. Baessler
über die **Indianer Südamerikas**
Großen Erfolges wegen einmalige Wiederholung!
Karten zu 1.- (Galerie), 1.50 (Saal vorne und hinten) und 2.- (Saal Mitte nummeriert) im Vorverkauf in der Buchhandlung **Waldstr. 28** am Markt-platz und bei **Karl Neufeld** Waldstr. 81

Der Blitz vom Mittwoch
Damen Schlupfrose 1.-
Hautstuchdecke 1.-
Cachenez 1.-
Nützen Sie die enormen Vorteile unseres Verkaufs

Nur noch 5 Tage Ausstellung
Kampf dem Krebs
Karlsruhe bis mit 25. Oktober Landsgewerbehalle
Geöffnet: Werktags 10-20 Uhr, Sonntags 11-20 Uhr
Arztliche Führungen: Werktags 18 Uhr, Sonntags 11 und 15 Uhr
Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pfg., Schüler und Erwerbslose 20 Pfg.
Die Allg. Ortskrankenkasse Karlsruhe gibt an Ihre Mitglieder verbilligte Karten zu 20 Pfg. ab.

Konkurs-Versammlung der Nordwolle
Die kürzlich in Bremen durchgeführte Versammlung der Nordwolle-Gläubiger hat die bisher bekannten Betrügereien der Brüder Lahusen nicht nur bestätigt gefunden, sondern feststellen müssen, daß noch weit höhere Verluste eingetreten und weit ärgere Schiebungen vorgekommen sind. Alfred Faust, der Chefredakteur unseres Bremer Parteiorgans und Autor der Parteivorstandsbroschüre „Das Panama der Nordwolle“ hat diese Schrift auf Grund seiner eingehenden Informationen um die in der Gläubigerversammlung bekanntgewordenen Tatsachen neu bearbeitet. Die Broschüre, die jetzt in vierter Auflage und neuer Aufmachung erscheint, ist die einzige umfassende Darstellung dieses ungeheuerlichsten kapitalistischen Betrages des 20. Jahrhunderts. Das 16 Seiten umfassende Heft, illustriert, ist zum Preise von **10 Pfg.**
Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe
Waldstraße 28

Resi Residenz-Lichtspiele
Waldstr. 30
Ab heute ein **Bomben-Programm:**
Meine Frau die Hochstaplerin
mit **Käthe von Nagy**
Heinz Rühmann / Alfred Abel
Maly Delschaft / Fritz Alberti
Hermann Valentin
Beiprogramm

Preis-Abbau
Damenbedienungs-Prüfung
Herrenbedienungs-Prüfung
Abendstunde im Rahmen
Gut möbl. Zimmer
Wohlfühl-Zimmer
Wohlfühl-Zimmer
Wohlfühl-Zimmer

Der Blitz vom Mittwoch
Damen Schlupfrose 1.-
Hautstuchdecke 1.-
Cachenez 1.-
Nützen Sie die enormen Vorteile unseres Verkaufs

Nur noch 5 Tage Ausstellung
Kampf dem Krebs
Karlsruhe bis mit 25. Oktober Landsgewerbehalle
Geöffnet: Werktags 10-20 Uhr, Sonntags 11-20 Uhr
Arztliche Führungen: Werktags 18 Uhr, Sonntags 11 und 15 Uhr
Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pfg., Schüler und Erwerbslose 20 Pfg.
Die Allg. Ortskrankenkasse Karlsruhe gibt an Ihre Mitglieder verbilligte Karten zu 20 Pfg. ab.

Konkurs-Versammlung der Nordwolle
Die kürzlich in Bremen durchgeführte Versammlung der Nordwolle-Gläubiger hat die bisher bekannten Betrügereien der Brüder Lahusen nicht nur bestätigt gefunden, sondern feststellen müssen, daß noch weit höhere Verluste eingetreten und weit ärgere Schiebungen vorgekommen sind. Alfred Faust, der Chefredakteur unseres Bremer Parteiorgans und Autor der Parteivorstandsbroschüre „Das Panama der Nordwolle“ hat diese Schrift auf Grund seiner eingehenden Informationen um die in der Gläubigerversammlung bekanntgewordenen Tatsachen neu bearbeitet. Die Broschüre, die jetzt in vierter Auflage und neuer Aufmachung erscheint, ist die einzige umfassende Darstellung dieses ungeheuerlichsten kapitalistischen Betrages des 20. Jahrhunderts. Das 16 Seiten umfassende Heft, illustriert, ist zum Preise von **10 Pfg.**
Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe
Waldstraße 28

Jetzt Kaiserstraße 193/195
1 Posten angestaubte weiße Betttücher 3.-
Große Auswahl in Kameihaardecken und Steppdecken
Arthur Baer Kaiserstr. 193/195
neben Dreyfuß & Siegel
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch

Ämtliche Bekanntmachungen
In der Bezirksratsentscheidung vom 1. September 1931 wurden gemäß § 8 a. 3 des Ortsstatutes die Straßen- und Bauflächen der Kobernstraße nach dem Antrage des Stadtrats Karlsruhe vom 18. März 1929 und nach dem ihm angelegten Pläne für festgesetzt erklärt.
Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Antragsprotokoll vom 14. Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an auf der Kanzlei des Stadtrats, Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt.
D. 3. 62
Karlsruhe, den 15. Oktober 1931.
Badisches Bezirksamt - Abt. II -

Emil Ulrich, Wirt in Teufelsneureut hat um Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlafröhre auf dem Gelände Kirchhofstr. 12 in Teufelsneureut nachgesucht.
Etwasige Einwendungen gegen das Ansuchen sind innerhalb 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisterei Teufelsneureut vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.
Der Plan liegt während der 14-tägigen Einpruchsfrist beim Bezirksamt Karlsruhe - Zimmer 25 - und beim Bürgermeisterei Teufelsneureut zur Einsicht offen.
D. 3. 63
Karlsruhe, den 16. Oktober 1931.
Bad. Bezirksamt
Abteilung IV.

Zwangsv. Versteigerung.
III Vt. Nr. 20/31
Im Zwangswege veräußert das Notariat am **Dienstag, den 15. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr** in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße 184, 1. St., Zimmer Nr. 4 das Grundstück des Verstorbenen **Willyhelm Wegner** im Graben - jetzt in Karlsruhe - Miteigentum 1/2 und dessen Ehefrau **Roia Wegner geb. Hilbert**, ebenfalls Miteigentum 1/2 auf der Gemauerte **Karlsruhe**.
Die Versteigerung wurde am 12. September 1931 im Grundbuch vermietet. Die Nachweisungen über das Grundbuch samt Schöpfung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 12. September 1931 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind meistens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Antrage des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.
Grundbuchsbesitz:
Grundbuch Karlsruhe Band 523 Heft 9, Lsg. Nr. 557a; 3 a 42 am Dorfsteig mit Gebäuden an der Maltenstraße 42.
Auf der Hofreite steht:
a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Werkstatt,
b) ein vierstöckiger Seitenbau mit Wohn- und Werkstatt,
c) eine einstöckige Werkstatt mit Schuppen.
Schätzungswert ohne Zubehör: 68 000 RM.
Schätzungswert mit Zubehör: 68 160 RM.
Karlsruhe, den 14. Oktober 1931.
Badisches Notariat III als
Zwangsversteigerer.

Gaggenauer Anzeigen
Bauglaubversteigerung betr.
Die Stadtgemeinde Gaggenau veräußert am **Dienstag, den 22. d. M., nachm. um 1/2 Uhr 30** die **Wohlfühl-Zimmer** im Gemeindegelände links der **Mura**, Zufahrt an der **Murastraße**, und am **Freitag, den 23. d. M., nachm. 2 Uhr ca. 15** die **Wohlfühl-Zimmer** im Gemeindegelände rechts der **Mura**, Zufahrt an der **Mura**.
Gaggenau, den 20. Oktober 1931.
Der Bürgermeister
Schmelzer.
Wohnungslisten betr.
Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Wohnungslisten, die Hauslisten und die Betriebslisten bis spätestens 25. d. M., auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 9, richtig ausgefüllt abgegeben sein müssen.
Da die Wohnungslisten die Unterlagen zur Ausstellung der Steuerkarten für das Jahr 1931 sind, geht der Antrag auf eine solche Veranlassung, wenn die Abgabe der Listen nicht richtig erfolgt ist.
Gaggenau, den 20. Oktober 1931.
Der Bürgermeister
Schmelzer.

Arbeiter! Werdt für euere Zeitung!